Alexandra Khariakova, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde „haKochaw“ für den Kreis Unna, äußert sich zu den jüngsten Angriffen auf Israel.

FOTO MONTAGE (FOTOS: HA-ARCHIV/DPA)

Freunde im Kriegsgebiet: Jüdische Gemeinde blickt besorgt nach Israel

UNNA. Die Jüdische Gemeinde im Kreis Unna blickt besorgt nach Israel und steht in ständigem Kontakt zu Freunden. Doch auch in Deutschland gibt es Anlass zur Sorge.

Von Claudia Lohmann

Wir sind alle betroffen“, sagt Alexandra Khariakova. Die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde „haKochaw“ für den Kreis Unna blickt in diesen Tagen häufiger auf ihr Handy. Ebenso andere Gemeindemitglieder. „Viele haben Freunde oder Bekannte in dem Gebiet, wo es Raketenbeschuss gab“, erzählt sie. Sie selbst habe eine Freundin, die an der Grenze lebe. „Ich habe die Straße, in der meine Freundin lebt, schon in den Nachrichten gesehen“, erzählt Khariakova.

Die Gemeindevorsitzende steht in ständigem Kontakt zu ihrer Freundin. „Sie darf nicht rausgehen. Seit Samstag sitzt sie im Flur und hat Angst. Die Terroristen sind in der Stadt.“ Es könne jederzeit passieren, dass einer das Haus betritt, berichtet Khariakova besorgt. So einen Angriff auf die zivile Bevölkerung habe es bisher nie gegeben.

Von vielen höre sie, dass der Regierung eine Schuld gegeben wird. „Ich finde das ist ein Armutszeugung der Regierung Netanyahu. Sie waren zu lange mit ihren eigenen Problemen beschäftigt, mit der Justizreform. Sie haben es verschlafen“, sagt sie über den verheerenden Angriff militanter Palästinenser am Samstagmorgen. Den Angriff, den Israel offenbar nicht hat kommen sehen.

Wahrheit ist schlimmer

Auch eine junge Mutter aus Kamen äußert sich auf Anfrage zu der Eskalation in Nahost. Die Frau, die ihren Namen aus Sicherheitsgründen nicht in der Zeitung lesen möchte, wurde in Israel geboren und lebte dort, bis sie zwölf Jahre alt war. Dann floh sie mit ihrer Familie nach Deutschland, wo sie mittlerweile eine eigene Familie gegründet hat.

Auch sie ist schockiert von den Bildern und Videos, die sie aus Israel erreichen. Es sind schlimme Aufnahmen, denn die Kamenerin kennt Bilder, die nicht in den deutschen Medien erscheinen. „Das, was hier gezeigt wird, ist nur die Hälfte von dem, was gerade in Israel passiert“, sagt sie. Die Fotos brächen ihr das Herz. „Ich habe selbst ein Kind. Wenn ich sehe, dass ein sechs Monate altes Baby vermisst wird. Wie soll es mir da gehen?“ Das Gefühl, dass sich bei solchen Schlagzeilen und Bildern in ihr breit mache, lasse sich kaum in Worte fassen.

Während ihre Verwandten eher zentral wohnten, habe sie Freunde im Grenzgebiet. Auch diese dürfen – wie die Freundin Khariakovas – aktuell nicht raus, die Versorgung mit Lebensmitteln sei problematisch. Man gehe nur aus dem Haus, um sich um Soldaten zu kümmern, Lebensmittel zu besorgen – oder dann, wenn ein Terrorist ins Haus eingedrungen ist. „Es gibt viele Videos, die man in Deutschland nicht sieht.“ Wie andere Mitglieder der jüdischen Gemeinde steht auch die junge Mutter aus Kamen in ständigem Kontakt zu Freunden in Israel. Stets in der Angst, dass ihnen etwas zustoßen könnte.

Kritik an Protesten

Die jüdische Gemeinde blickt aber nicht nur besorgt auf die Ereignisse in Israel. Während Deutschland offiziell an der Seite Israels steht und die EU Hilfsgelder für Palästinenser ausgesetzt hat, gibt es in der Bevölkerung auch eine andere Bewegung. In einigen Städten hat es Pro-Palästina-Demos gegeben, teils wurde der Angriff der Hamas auf Israel bejubelt.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte, dass es nicht geduldet werden dürfe, wenn auf offener Straße versucht werde, die brutalen Attacken auf Israel zu feiern.

Deutschland müsse das jüdische Leben in unserem Land schützen“. Khariakova blickt ebenfalls entsetzt auf diese Proteste. Für sie sind bei solchen Veranstaltungen die Grenzen der freien Meinungsäußerung erreicht. „Wir haben in Deutschland lange darüber diskutiert, dass wir alle ein Recht auf freie Meinungsäußerung haben.

Das stimmt auch. Aber Veranstaltungen, die Terrororganisationen unterstützen, dürfen nicht stattfinden. Es dürfen keine Terroristen unterstützt werden.“